Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Saarländischen Rundfunks
Bericht gegenüber dem Rundfunkrat über die Beratungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates im 1. Halbjahr 2020

Dies ist der dreizehnte Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates über die Beratungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat tagt nicht öffentlich. Wegen der zu behandelnden Finanz- und Personalthemen und der damit verbundenen Verschwiegenheits- und Datenschutzpflichten sowie der gebotenen Wahrung von Geschäftsgeheimnissen ist dies nicht opportun. Allerdings wurden mit der Änderung des Saarländischen Mediengesetzes im Jahr 2016 auch die gesetzlichen Anforderungen an die Transparenz der Arbeit des Verwaltungsrates erhöht. Auch dieser ist demnach verpflichtet, die Tagesordnungen der Sitzungen, die Sitzungsbeteiligung und die wesentlichen Ergebnisse sowie die Sitzungsteilnehmer publik zu machen. Auf eigenen Beschluss des Verwaltungsrats wurde dieser Bericht zur Information der Öffentlichkeit bereits vor dieser Gesetzesänderung auf den Internet-Seiten des Verwaltungsrates eingestellt. Er wurde um die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen des Verwaltungsrates im Berichtszeitraum ergänzt. Die jeweilige Tagesordnung der Sitzungen wird – ggf. in gekürzter Fassung zur Wahrung der gesetzlich geschützten Persönlichkeitsrechte und Geschäftsgeheimnisse – im Internet veröffentlicht.

Statistik:

Der Verwaltungsrat hat im Berichtszeitraum viermal getagt. Auf GVK-Ebene war der Verwaltungsrat in dieser Zeit durch seinen Vorsitzenden auf einer GVK-Sitzung am 28. April und einer Sitzung des GVK-Finanzausschusses am 12. Februar in Köln vertreten.

Corona-Pandemie: Die Corona-Pandemie hatte auch auf die Tätigkeit des Verwaltungsrats Einfluss. Dies betraf organisatorische Fragen des Verwaltungsrats selbst sowie die finanziellen und programmlichen Auswirkungen auf den SR bzw. die ARD:

- **Organisatorische Auswirkungen:**

Die dritte und vierte Sitzung des Verwaltungsrats wurden im Wege der Telefonschaltkonferenz durchgeführt.

Die für den 1. April vorgesehene Wahl des neuen Vorsitz führenden Mitglieds des Verwaltungsrats und des stellvertretenden Vorsitz führenden Mitglieds musste verschoben werden, weil der Rundfunkrat die Wahlen zum Verwaltungsrat ebenfalls durch Corona bedingt noch nicht durchführen konnte. Das gleiche gilt für die Wahl des neuen Finanz- und Personalausschusses im Verwaltungsrat. Die turnusmäßige Wahl dreier Mitglieder in den Verwaltungsrat ist in der nächsten planmäßigen Sitzung des Rundfunkrats am 29. Juni vorgesehen. Aus diesem Grund wurde die fünfte Sitzung des Verwaltungsrats vom 2. Juni auf den 30. Juni 2020 verlegt, um dann die verschobenen Wahlen zum Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz sowie zum Finanz- und Personalausschuss schnellstmöglich durchzuführen.

Die für den 28. April in Saarbrücken geplante GVK-Konferenz wurde als Telefonschaltkonferenz durchgeführt. Die ARD-Hauptversammlung am 29. April in Saarbrücken musste aus den bekannten Gründen entfallen.

- **Finanzielle Auswirkungen:**

Die Corona-Krise führt beim SR zu finanziellen Belastungen, mit denen sich auch der Verwaltungsrat in der Beratung mit dem Intendanten auseinandersetzen musste.

In der vierten Sitzung musste der Verwaltungsrat außerplanmäßige Investitionen genehmigen. Um die Betriebsfähigkeit des SR aufrecht zu erhalten, waren ungeplante Investitionen durch den Erwerb von ca. 300 Softwarelizenzen erforderlich. Mit diesen Lizenzen wurde es den Mitarbeitern des SR ermöglicht, ihre Tätigkeit von zuhause aus zu erledigen.

Des Weiteren informierte der Intendant den Verwaltungsrat über weitere finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den SR. So ist bereits ein Rückgang der Werbeeinnahmen zu verzeichnen. Weitere Mindereinnahmen bei den Rundfunkgebühren sind aufgrund der Schließung von Gastronomiebetrieben, der drohenden Insolvenzen von Gewerbetreibenden sowie dem zu befürchtenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Das finanzielle Ausmaß auf die Einnahmen aus Rundfunkgebühren ist noch nicht abzusehen.

○ **Programmliche Auswirkungen:**

In die Zuständigkeit des Verwaltungsrats zählt auch die Programmbeschaffung. Der Verwaltungsrat wurde in der vierten Sitzung darüber informiert, dass aufgrund der Corona-Pandemie wichtige Sportgroßereignisse vom Sommer 2020 auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Sowohl die Olympischen Sommerspiele, als auch die Fußball-EM werden erst im Jahr 2021 durchgeführt. Die diesjährige Tour de France, bei der der SR federführend für die Berichterstattung zuständig ist, soll nach derzeitigem Stand etwas verspätet im August starten.

Das Entfallen wichtiger sportlicher und kultureller Großereignisse führt zu erheblichen Lücken im Programm, die gefüllt werden müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Fernseh- und Filmproduktionen, deren Produktionen von den Gremien genehmigt waren, gestoppt werden mussten und mithin weniger neue fiktionale Inhalte zur Verfügung stehen. Hier steht die ARD mit den Gremien noch vor einer großen Herausforderung, wie die Programmlücken aufgefüllt werden können. Damit werden sich auch die zuständigen Gremien noch zu beschäftigen haben.

Beratungsschwerpunkte:

➤ **Erfolgsplan 2019**

Der Verwaltungsrat wird gemäß § 17 Abs. 5 FinO regelmäßig vom Intendanten über den SR-Erfolgsplan informiert. In der ersten Sitzung informierte der Intendant

den Verwaltungsrat darüber, dass sich der Erfolgsplan per 31.12.2019 besser als im Wirtschaftsplan angesetzt darstellt. Im erwarteten Ergebnis schlägt sich eine Reihe von Einmaleffekten nieder: Ergebnisverbessernd wirken insb. die erhöhten Beitragserträge in Folge des Meldedatenabgleichs, die positiven Ergebnisse aus den Beteiligungen Werbefunk Saar und Globe TV und Ausgleichszahlungen des Bundesamtes für Verwaltungsdienstleistungen. Da keine strukturellen Veränderungen vorliegen, insb. die Beitragssituation sich im Ganzen eher kritisch entwickeln dürfte, kann man aus dem Ergebnis des Jahres 2019 leider nicht auf die Folgejahre schließen.

➤ Vorläufiger Jahresabschluss 2019

In der dritten Sitzung unterrichtete der Intendant den Verwaltungsrat über den vorläufigen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019. Es liegt eine erneute Ergebnisverbesserung vor. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Punkte auf der Aufwandsseite maßgeblich, nämlich verminderte Personalaufwendungen und ein unterplanmäßiger Zuführungsaufwand bei den Pensionsrückstellungen. Die Prüfung des endgültigen Jahresabschlusses erfolgt nach der Sommerpause.

➤ Rundfunkfinanzierung/KEF-Verfahren/Finanzausgleich:

○ 22. KEF-Bericht-Feststellungen:

Der 22. KEF-Bericht liegt seit Anfang des Jahres den Landesrundfunkanstalten vor. Auch die GVK, der GVK-Finanzausschuss und der Verwaltungsrat des SR haben sich mit dem KEF-Bericht eingehend beschäftigt.

Die Bewertungen von KEF und ARD sowie der Gremien bezüglich der Finanzbedarfsfeststellung gehen weit auseinander. Die Berücksichtigung der teilweise hohen Eigenmittel von einzelnen Landesrundfunkanstalten vermittelt ein falsches Bild über die finanzielle Situation der Landesrundfunkanstalten im Allgemeinen und dem SR im Besonderen. Zudem sehen die RD und ihre Gremien die historisch bedingte föderalistische Struktur der ARD und die daraus resultierenden wichtigen regionalen Aufgaben, Chancen und auch die Kosten nicht ausreichend gewürdigt. Selbst mit der vorgeschlagene-

nen Erhöhung auf EUR 18,36 sind die ARD-Anstalten zu weiteren erheblichen Einsparungen gezwungen.

Die GVK sieht demnach Aufklärungsbedarf bezüglich der unterschiedlichen Finanzbedarfsbewertungen von KEF und ARD und meldet für die nächste ARD-Hauptversammlung Beratungsbedarf an.

○ Finanzausgleich:

Im Zuge der Diskussionen um die Gebührenerhöhung waren die Landesrundfunkanstalten von der Politik aufgefordert, den Finanzausgleich innerhalb der Landesrundfunkanstalten zugunsten derjenigen, die mit geringeren oder gar fehlenden Eigenmitteln leben müssen, zu optimieren.

Die Regelungen zum Finanzausgleich stehen unter Gremienvorbehalt. Deshalb wurde über die Neuregelung auch auf GVK-Ebene diskutiert. Dabei galt es für die Gremiovorsitzenden des SR, die berechtigten Bedarfsanmeldungen des SR – Intendanten und der Geschäftsleitung auch auf dieser Ebene zu unterstützen.

Die Landesrundfunkanstalten haben sich schließlich auf eine Vereinbarung zum Finanzausgleich für die Jahre 2021 bis 2024 geeinigt. Für den SR wurden folgende maßgebliche Regelungen getroffen: Die Finanzausgleichsmasse wurde für die Jahre 2021/2022 auf 1,7% und für die Jahre ab 2023 auf 1,8% erhöht. Zudem wurde zur Entlastung des SR beschlossen, den Fernsehvertragsschlüssels des SR von derzeit 1,25% auf 1,15% zu reduzieren, den SR-Tatort über die Degeto im 90:10-Modell über 2020 hinaus zu finanzieren, erweiterte Kooperationen zwischen SR und SWR mit einem Volumen 500TEUR p.a. durchzuführen, die Rückzahlungsverpflichtungen aus Vorfinanzierungsleistungen in Höhe von 4 Mio. EUR bis 2025 zu stunden sowie bestehende Kooperationen fortzuführen. Damit wäre die Finanzierung des SR – mit weiteren eigenen leistbaren Einsparungen - grundsätzlich gesichert. Allerdings erschweren die noch nicht abschätzbaren Corona-bedingten Auswirkungen diese Entwicklung womöglich erheblich. Es ist da-

her nicht auszuschließen, dass aufgrund der Corona-Pandemie eine größere Finanzierungslücke entstehen wird.

○ Erhöhung der Rundfunkgebühren

Die Empfehlung der KEF sieht eine Erhöhung der Rundfunkgebühren um EUR 0,86 auf EUR 18,36 vor. Der GVK-Finanzausschuss stimmt in vielen Punkten mit der Wertung der KEF nicht überein. Die GVK sieht Reformbedarf im Verfahren der Finanzbedarfsermittlung, um die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zukunftssicher zu gestalten. Die GVK erstrebt, dass den Gremien eine größere Beteiligung in der Ermittlung des Finanzbedarfs zukommt (siehe dazu auch unten „KEF-Verfahren – Einbindung der Gremien“).

Leider gab es aus verschiedenen Bundesländern vernehmbare Gegenstimmen gegen die Gebührenerhöhung. Mittlerweile haben jedoch die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam die Gebührenerhöhung und die Änderung des Finanzausgleichs beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass alle Länderparlamente der Gebührenerhöhung zustimmen werden.

KEF-Verfahren – Einbindung der Gremien

Die vom GVK-Finanzausschuss eingesetzte Arbeitsgruppe „Verfahren Finanzbedarfsermittlung“ hat Vorschläge zu einer Reformierung des Verfahrens der Finanzbedarfsermittlung in Form von Thesen unterbreitet. Die in den Thesen festgehaltenen Vorschläge sehen unter anderem eine Stärkung der Rolle der Gremien und der GVK im Finanzbedarfsermittlungsverfahren vor. Die GVK hat diese Thesen gemäß der Empfehlung des GVK-Finanzausschusses verabschiedet und will auf dieser Grundlage nun zunächst den Austausch mit der ARD-Finanzkommission suchen und dann auf weitere Verfahrensbeteiligte zugehen.

➤ **Institut für Rundfunktechnik (IRT)**

Die Entwicklung des Instituts für Rundfunktechnik (IRT) hat die GVK und den Verwaltungsrat in den letzten beiden Jahren häufig beschäftigt. Das IRT mit Sitz in München ist eine gemeinsam von der ARD, Deutschlandradio, ZDF, ORF und SRG gegründete Gesellschaft, die sich mit der Entwicklung von Rundfunk- und Medientechnik befasst und auch unter anderem die Interessen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Normierungsfragen vertritt. So war das IRT mit der Entwicklung neuer Standards etwa für HDTV und HbbTV befasst.

Im vergangenen Jahr kündigte das ZDF seine Beteiligung; dieser Kündigung folgten weitere Gesellschafter nach. Durch die Kündigungen wird die wirtschaftliche Grundlage des IRT erheblich beeinträchtigt. Die GVK und die Anstaltsgremien haben deshalb Stellungnahmen von den Gesellschaftern eingefordert. Die Zukunft des IRT ist derzeit ungewiss. Diese hängt davon ab, ob und in welcher Form eine Fortführung des IRT für die verbleibenden Gesellschafter weiter finanziert werden kann. Es wird daher sowohl eine Auflösung, als auch eine Fortführung geprüft. Dabei bestehen komplexe rechtliche Fragen, wie die finanziellen Lasten, insbesondere auch die Pensionsverpflichtungen zwischen den evtl. verbleibenden und den ausscheidenden Gesellschaftern zu verteilen sind. Dabei sind Meinungsverschiedenheiten über die Rolle der Aufsichtsgremien entstanden, die auf andere Gemeinschaftseinrichtungen der ARD ausstrahlen können.

Die GVK und auch der Verwaltungsrat des SR werden die weitere Entwicklung auch weiterhin kritisch begleiten.

➤ **Endabrechnung SR-GSEA 2019:**

Die Rundfunkanstalten legen ihren Verwaltungsräten in der Regel bis Anfang Mai die Abrechnung und Soll-Ist-Vergleiche der von ihnen federführend betreuten ständigen GSEA für das Vorjahr vor. Diese werden im Anschluss zunächst in der AG Kosten und danach in der Finanzkommission beraten.

Der SR ist federführend zuständig für die GSEA Trailerproduktion. Die Erörterung der Rechnungslegung der GSEA ist auch Bestandteil der Koordinierungsaufgaben

der Gremienvorsitzendenkonferenz nach §5a Abs. 2a der ARD-Satzung. In diesem Kontext berät der Verwaltungsrat des SR die Abrechnung der GSEA unter SR-Federführerschaft. Seit 2018 ist die GSEA Trailerproduktion in das so genannte pauschale Abrechnungsverfahren aufgenommen worden. Dies bedeutet, dass eine gleichbleibende Pauschale, mit der alle umlagefähigen Kosten abgedeckt sind, von der Finanzkommission beschlossen wurde. Aufgrund dieser pauschalierten Abrechnung stimmen die abgerechneten Beträge und der Planansatz überein.

Neben der Federführerschaft für die ständige GSEA Trailerproduktion hat der SR darüber hinaus auch die redaktionelle und produktionstechnische Federführung für die Hörfunk- und Fernsehberichterstattung von der Tour de France, für die jeweils eine projektbezogene Kalkulation und Abrechnung durchgeführt wird. Die Vorlage der Endabrechnungen bei der AG Kosten bzw. der Sportprüfgruppe war im Mai fällig; dem Verwaltungsrat wurde bisher der vorläufige Endstand vorlegt. Danach wurde die Kalkulation der Hörfunkberichterstattung um mehr als 10% unterschritten, bei der Fernsehberichterstattung nur geringfügig um 0,1% überschritten.

Falls sich im Rahmen der Endabrechnung eine wesentliche Abweichung zu diesem vorläufigen Stand ergeben sollte, erfolgt eine erneute Befassung des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat sah sich in diesem Zusammenhang veranlasst, den beim SR Verantwortlichen für die vorzügliche journalistische und organisationstechnische und auch effiziente Arbeit zu danken.

➤ **Finanz- und Kapitalanlagen des SR:**

Der Intendant ist verpflichtet, dem Verwaltungsrat die Finanzmittelbestände vorzulegen. Dieser Verpflichtung ist der Intendant fristgerecht in der vierten Verwaltungsratssitzung fristgerecht nachgekommen. Der SR legt seine Finanzmittelbestände auf Girokonten sowie in Form von Fest- und Termingeldern ausnahmslos bei Banken und Instituten an, die dem Einlagensicherungsfonds oder einem Sparkassenunterstützungsfonds angehören; die langfristigen Finanzanlagen sind in einem Spe-

zialfonds angelegt. Aufgrund der Unsicherheiten hinsichtlich des Liquiditätsbedarfs aus den geplanten Investitionen sowie aufgrund der Bewertung der angebotenen Konditionen sind die Finanz- und Kapitalanlagen des SR derzeit überwiegend relativ kurzfristig auf Girokonten sowie in Tages- und Terminanlagen angelegt. Der Spezialfonds hat sich im laufenden Kalenderjahr zwar Corona-bedingt zwar negativ entwickelt, seit Auflage liegt jedoch insgesamt eine deutlich positive Entwicklung vor.

➤ **Risikobericht per 30. Juni 2019**

Die Verfahrensregelungen zur Risikofrüherkennung (Risikomanagement) sehen vor, dass der Intendant dem Verwaltungsrat jährlich einen Risikobericht übermittelt. Darin werden alle Risiken mit einer Ergebniswirkung ab einer Höhe von 500 T€ für den jeweiligen Zeitraum der Mittelfristigen Planung dargestellt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass alle Risiken in entsprechender Höhe, die den Bestand und die Entwicklung des SR gefährden, frühzeitig erkannt und beschrieben werden und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Mit dem Risikobericht hat sich der Verwaltungsrat eingehend beschäftigt. Zum Stichtag 30.06.2019 enthielt der Risikobericht erstmals neben finanziellen Risiken, die schon lange Gegenstand der Berichterstattung im Verwaltungsrat sind, auch eine Ermittlung strategischer Risiken in den einzelnen Organisationseinheiten. Das Risikomanagement, das mit dem Jahresabschlussprüfer abgestimmt wurde, bezieht auch die Beteiligungsunternehmen WFS und Globe tv ein.

Als finanzwirtschaftliches Risiko, das gegebenenfalls zu deutlichen strukturellen Belastungen der Ertrags-, Aufwands- und Finanzlage des Saarländischen Rundfunks führen kann, ist insbesondere die unterplanmäßige Beitragsentwicklung zu nennen. Ein weiteres finanzielles Risiko ist eine unter Umständen eintretende Umsatzsteuerpflicht auf Kooperationsleistungen innerhalb der Rundfunkanstalten.

➤ **Mittelübertragungen und –vorträge im Rahmen der Wirtschaftsplanabrechnung 2019**

Der Verwaltungsrat kann nach § 17 FinO für das jeweilige Geschäftsjahr bis zur Prüfung der Wirtschaftsplanabrechnung über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben genehmigen. Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat in Mittelvorträge in das folgende Geschäftsjahr nach § 16 Abs. 3 FinO einwilligen.

Der Verwaltungsrat war in der dritten Sitzung mit Mittelübertragungen befasst, bei denen u. a. höhere Aufwendungen für Stellenanzeigen und Nachrufe sowie die Schriftgut- und Informationssicherung durch Minderaufwendungen in anderen Bereichen aufgefangen werden konnten.

➤ **Programmbeschaffungen/Sportrechte/Gremieninformationsverfahren:**

Ein weiterer nicht unwesentlicher Teil der Beratungen im Verwaltungsrat sind die Programmbeschaffungen der ARD. Dies betrifft die Programmbeschaffungen, die für den Vorabend wie auch für das Hauptabendprogramm erfolgen und den Sportrechte-Erwerb. Der SR-Verwaltungsrat sah sich hier aufgrund der nach SR-Satzung im ARD-Vergleich niedrigen Aufgreifschwelle für zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte von 62.500 € pro Abschluss verhältnismäßig oft gefordert. Denn – auch wenn 2016 die Anhebung der Schwelle erfolgt ist – der SR hat immer noch eine der niedrigsten Schwellen im ARD-Verbund. Programmbeschaffungen der Sport A GmbH und der Degeto GmbH sind beim SR gremienpflichtig, wenn damit auch die Aufsichtsgremien dieser beiden Gesellschaften zu befassen sind (also ab einer kumulierten Verpflichtung der ARD-Anstalten von 5 Mio. €). Außerdem haben sich die GVK und die Intendanten darauf verständigt, die ARD-Gremien auch über Programmbeschaffungen zu informieren, die über die Produktionstöchter (hier insbesondere die Degeto oder die Werbegesellschaften) erfolgen.

Der Verwaltungsrat hat im Berichtszeitraum in den Bereichen Fiktionales, Talk und Unterhaltung über den Ankauf von Staffeln von „In aller Freundschaft“, „Morden im Norden“, „Wer weiß denn sowas“, „Hubert ohne Staller“, „Immer wieder sonntags“, „Quizduell“, „Um Himmels Willen“ sowie für den Tatort „Der Herr des Wal

des“ beraten. Im Bereich Sportrechte stand der EBU-Vertrag mit der International Biathlon Union (IBU) auf der Tagesordnung.

➤ Personal- und Organisationsangelegenheiten: Ergebnis der Tarifverhandlungen:

In der zweiten Sitzung hat der Intendant den Verwaltungsrat über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen unterrichtet. Anfang des Jahres konnten sich die Tarifpartner auf einen neuen Tarifabschluss beim SR einigen. Dieser bewegt sich im Geleitzug der ARD, dort jedoch am Ende. Neben der Erhöhung der tariflichen Gehälter beinhaltet der neue Tarifvertrag eine Ausweitung der Dienstbefreiung für die Pflege Angehöriger, die nicht im gleichen Haushalt leben, sowie eine Beschäftigungssicherung bis Ende 2024. Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Intendanten zugestimmt, die Ergebnisse des Tarifvertrags auch auf die AT-Angestellten zu übertragen.

➤ Anpassung der Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung:

Aufgrund eines vertraglichen Moratoriums war der Verwaltungsrat erstmals wieder seit 2016 mit der Frage einer Vergütungsanpassung für den Intendanten, die sonstigen Mitglieder der Geschäftsleitung und den Leiter des Bereiches Finanzen befasst.

Die Anpassung der Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung ist verwaltungsratspflichtig: Gemäß Art. 19 Ziff. a) SR-Satzung bedarf der Intendant der Zustimmung des Verwaltungsrates zur Einstellung und Entlassung, sowie Abschluss, Änderung und Aufhebung von Dienstverträgen der leitenden Angestellten. Gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Mediengesetz ist der Verwaltungsrat für den Dienstvertrag des Intendanten zuständig.

Der Verwaltungsrat einigte sich in der zweiten Sitzung auf eine moderate Anpassung unterhalb der Anpassung der Tarifgehälter. Die Mitglieder der Geschäftsleitung des SR liegen mit ihrer Vergütung damit auch weiterhin am Ende des ARD-Zuges.

➤ Selbstverwaltungsangelegenheiten:

- **Dienstanweisung über die Genehmigung und Abrechnung von Bewirtungskosten und sonstigen Auslagen**

Die Dienstanweisung über die Genehmigung und Abrechnung von Bewirtungskosten und sonstigen Auslagen wurde überarbeitet. Nach eingehender Prüfung hat der Verwaltungsrat die überarbeitete Dienstanweisung verabschiedet. Anlass für die Überarbeitung der Dienstanweisung war die von beiden Seiten gewünschte Schaffung von Klarheit und Transparenz.

- **Erster Bericht des Rundfunkdatenschutzbeauftragten für BR, SR, WDR, ZDF und DeutschlandRadio**

Der gemeinsame Rundfunkdatenschutzbeauftragte für BR, SR, WDR, ZDF und DeutschlandRadio ist dem Verwaltungsrat gemäß §42d Abs. 5 SMG verpflichtet, jährlich einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Der Rundfunkdatenschutzbeauftragte hat Anfang des Jahres seinen ersten Jahresbericht vorgelegt. Erfreulicherweise wurden keine groben Datenschutzverstöße bei einer der beaufsichtigten Rundfunkanstalt festgestellt. Der Rundfunkdatenschutzbeauftragte sieht gleichwohl an einigen Stellen Optimierungsbedarf, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Vorbild- und Vorreiterrolle einnehmen kann.

➤ Ausblick:

In der Verwaltungsratssitzung am 30. Juni 2020 werden das Vorsitz führende und das stellvertretend den Vorsitz führende Mitglied des Verwaltungsrats wie auch die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses gewählt. Inhaltlich wird sich der Verwaltungsrat unter anderem mit dem Sachstand der SR-Investitionsprojekte und dem Jahresabschluss des gemeinsamen Rundfunkdatenschutzbeauftragten für BR, SR, WDR, ZDF und DeutschlandRadio zu beschäftigen haben.

Das nächste Halbjahr wird weiterhin durch die Corona-Pandemie geprägt sein, da sich die finanziellen Einbußen wesentlich erst zeitlich nachgelagert auswirken

werden. Aufgrund der Unklarheit, ob alle Länderparlamente der Gebührenerhöhung zustimmen, besteht zudem Unsicherheit über die finanzielle Ausstattung der Rundfunkanstalten. Aber selbst bei Inkrafttreten der Gebührenerhöhung ist der SR zu weiteren Sparmaßnahmen gezwungen. Hier werden weitere Umstrukturierungsprozesse beim SR und innerhalb der ARD sach- und interessengerecht mitzugestalten sein. Dies wird auch für den Verwaltungsrat des SR und für beide Gremienvorsitzenden auf GVK-Ebene im kommenden Jahr eine wichtige Aufgabe sein.

Anlage

zum Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates über die Beratungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates im 1. Halbjahr 2020

Anwesenheitslisten

Sitzung des Verwaltungsrates am 28. Januar 2020

Verwaltungsrat:

Joachim Rippel, Vorsitzender

Michael Burkert

Sigrid Morsch

Volker Giersch

Bettina Altesleben

Karl Rauber

Henrik Eitel

Gisela Rink.

Michael Steinmetz

SR-intern:

Prof. Thomas Kleist, Intendant

Stephanie Weber, Verwaltungs- und Betriebsdirektorin

Bernd Radeck, Justitiar

Dr. Alfred Schmitz, Bereichsleiter Finanzen

Verena Klein, Leiterin der Intendanz

Dr. Astrid Wortberg (Protokoll)

Sitzung des Verwaltungsrates am 3. März 2020

Verwaltungsrat:

Joachim Rippel, Vorsitzender

Michael Burkert, Stv. Vorsitzender

Volker Giersch

Karl Rauber

Henrik Eitel

Gisela Rink

Michael Steinmetz

SR-intern:

Prof. Thomas Kleist, Intendant

Lutz Semmelrogge, Programmdirektor

Stephanie Weber, Verwaltungs- und Betriebsdirektorin

Bernd Radeck, Justitiar

Verena Klein, Leiterin der Intendanz

Dr. Astrid Wortberg (Protokoll)

Sitzung des Verwaltungsrates am 1. April 2020

Verwaltungsrat:

Joachim Rippel, Vorsitzender

Michael Burkert, Stv. Vorsitzender

Bettina Altesleben

Sigrid Morsch

Volker Giersch

Karl Rauber

Henrik Eitel

Gisela Rink

Michael Steinmetz

SR-intern:

Prof. Thomas Kleist, Intendant

Lutz Semmelrogge, Programmdirektor

Stephanie Weber, Verwaltungs- und Betriebsdirektorin

Bernd Radeck, Justitiar

Verena Klein, Leiterin der Intendanz

Dr. Alfred Schmitz, Bereichsleiter Finanzen

Dr. Astrid Wortberg (Protokoll)

Sitzung des Verwaltungsrates am 5. Mai 2020

Verwaltungsrat:

Joachim Rippel, Vorsitzender

Michael Burkert, Stv. Vorsitzender

Bettina Altesleben

Sigrid Morsch

Volker Giersch

Karl Rauber

Henrik Eitel

Gisela Rink

Michael Steinmetz

SR-intern:

Prof. Thomas Kleist, Intendant

Lutz Semmelrogge, Programmdirektor

Stephanie Weber, Verwaltungs- und Betriebsdirektorin

Bernd Radeck, Justitiar

Verena Klein, Leiterin der Intendanz

Dr. Alfred Schmitz, Finanzen

Sonnja Wüst, Stv. Justitiarin

Dr. Astrid Wortberg (Protokoll)